

### 3. Kapitel      Kernschnittstellen zum Energierecht

#### IV. Insolvenzrecht

Eine weitere Kernschnittstelle besteht zwischen dem Energierecht und dem Insolvenzrecht. Ohne Grundkenntnisse im Insolvenzrecht lassen sich Rechtsbeziehungen mit Gläubigern und insolventen Schuldern nicht gestalten; und auf die aktive Gestaltung kommt es entscheidend an. Unternimmt der Gläubiger nichts, drohen ihm **erheblichste Forderungsverluste**. Das gilt insbesondere für seit langem bestehende Dauerschuldverhältnisse wie Energieliefer- und Lieferantenrahmen- und Netznutzungsverträge.

**Hintergrundinformationen:** 2012 wurden für das Jahr 2011 von den deutschen Amtsgerichten 30.099 Unternehmens- und 103.289 Verbraucherinsolvenzen gemeldet. Das sind verglichen mit dem Vorjahr 5,9 Prozent weniger Unternehmens- und 5,1 Prozent weniger Verbraucherinsolvenzen. 31,5 Mrd. € meldeten die Gläubiger 2011 als offene Forderungen an, 2010 waren es 39 Mrd. € (so das Statistische Bundesamt am 08.03.2012, [www.destatis.de](http://www.destatis.de)).



Zwar sind in der Energiewirtschaft in der Regel die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserlieferanten in ihrer Eigenschaft als Gläubiger und die Bürger in ihrer Eigenschaft als Schuldner betroffen; davon gibt es aber immer wieder Ausnahmen; zuletzt die wohl spektakulärste: Die Insolvenz der TelDaFax-Gruppe. Weit mehr als 750.000 Gläubiger sind hier betroffen, so viel wie noch nie in der deutschen Wirtschaftsgeschichte (so: [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), 13.06.2012). Unter den betroffenen Gläubigern sind Strom- und Gaskunden, aber auch eine Vielzahl von **Netzbetreibern**.

**TelDaFax:** TelDaFax-Kunden sind derzeit doppelt bis dreifach betroffen. So wurden beispielsweise die Stromlieferverträge mit der Teldafax Energy GmbH geschlossen. Die vereinbarte Vorauszahlung leisteten die Kunden daher an die Teldafax Energy GmbH. Einige Verträge enthielten



nun eine Abtretungsklausel, in der die Teldafax Energy GmbH ihre Forderung gegen ihren Kunden an die Teldafax Service GmbH abtrat. Die Forderung der Teldafax Service GmbH aus der Abtretungsvereinbarung wurde teilweise erneut gegen die TelDaFax Kunden geltend gemacht werden. Eine Verrechnung mit den bereits geleisteten Vorauszahlungen soll nicht möglich sein, so die rechtlich umstrittene Auffassung der Insolvenzverwaltung. Hinzukommt, dass von den insoweit betroffenen Kunden, viele Kunden neue Stromanbieter suchen mussten bzw. „automatisch“ in die Grundversorgung des jeweils zuständigen Grundversorgungsunternehmens fielen. Diese Kunden müssen nun für ihren bereits vorausbezahlten Zeitraum abermals für Energielieferungen zahlen.

Warum ist nun die aktive Gestaltung in Insolvenzverfahren so wichtig?

**1. Akteure und Ziele.** Dies ist deshalb wichtig, weil die betroffenen Akteure völlig **unterschiedliche Ziele** verfolgen und die Interessen der betroffenen Akteure durch das Insolvenzrecht nicht gleichermaßen berücksichtigt und geschützt werden. Vernachlässigt wird (systembedingt) stets der individuelle Insolvenzgläubiger.

So geht es dem individuell betroffenen Bürger im Verbraucherinsolvenzverfahren um seine **Restschuldbefreiung**. Von sich aus tritt er meist nicht an das Unternehmen heran, frühestens erstmals im Rahmen eines von ihm zu erstellenden Schuldenbereinigungsplanes.

Dem betroffenen Unternehmen geht es, einmal abgesehen davon, dass es ohnehin zur Anmeldung der Insolvenz verpflichtet ist, auch um eine „**Verschnaufpause**“. Es schlüpft mit Eröffnung des vorläufigen Insolvenzverfahrens gewissermaßen unter den Schutzschirm des Insolvenzrechts. Das Unternehmen wird u.a. vor vollstreckenden Gläubigern geschützt und von Lohnzahlungen befreit. Auch ein von der Insolvenz betroffenes Unternehmen tritt von sich aus in der Regel nicht an den liefernden Energieversorger heran.

Dem Insolvenzverwalter geht es um die **Sicherung der Insolvenzmasse** und - soweit möglich - um die Fortführung des Unternehmens. Die Erfüllung konkreter Forderungen steht, soweit nicht zur Fortführung des Unternehmens zwingend erforderlich, an letzter Stelle. Auch er tritt in der Regel nicht von sich aus an das Energieversorgungsunternehmen heran.

Deshalb erfährt das Energieversorgungsunternehmen häufig erstmals durch die Presse und/oder öffentlichen Bekanntmachungen von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Dann ist es oftmals fast zu spät. Warum ist die frühzeitige Gestaltung so wichtig?

**2. Rechtsfolgen.** Dies ist wegen der gesetzlich eintretenden Rechtsfolgen nach Eröffnung des **Insolvenzverfahrens wichtig**. Die allgemeinen Regeln des BGB, die vereinbarten allgemeinen Geschäfts- und Versorgungsbedingungen gelten nur noch eingeschränkt, das Vertragsverhältnis gerät in einen Schwebezustand.

**Energielieferverträge sind Dauerschuldverhältnisse:** Leistung und Gegenleistung werden also nicht, wie beispielsweise bei einem Kaufvertrag, einmalig erfüllt, sondern die Verpflichtung ist auf eine fortlaufende, wiederkehrende Erfüllungshandlung gerichtet (zum Dauerschuldverhältnis im Einzelnen: Creifelds, Rechtswörterbuch).



Beliefert der Energieversorger einen insolventen Kunden wie bisher weiter, kann er seine Zahlungsansprüche nur noch als einfache Insolvenzforderungen realisieren.

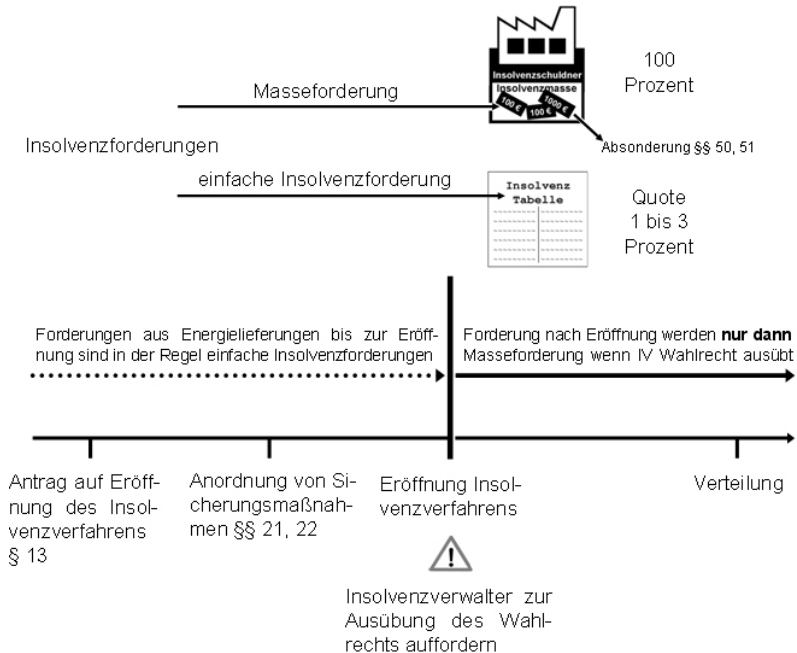
**Einfache Insolvenzforderung:** Nach § 38 InsO dient die Insolvenzmasse der Befriedigung der persönlichen Gläubiger, die zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens einen begründeten Vermögensanspruch gegen den Schuldner haben (dazu auch: Haarmeyer/Frind: Insolvenzrecht Seite 69). Mit anderen Worten: Dem Insolvenzgläubiger bleibt nur ein Anspruch gegen die Insolvenzmasse, die sogenannte einfache Insolvenzforderung. Was heißt das?



Wer im Insolvenzverfahren der TelDaFax-Gruppe eine einfache Insolvenzforderung hat, schöpft aus einem Geldtopf, auf den weitere 750.000 Gläubiger zugreifen; konkret wird das noch zur Verfügung stehende Kapital am Ende des Insolvenzverfahrens nach der Insolvenzquote verteilt werden. Wenn eine GmbH als Rechtsform gewählt wurde, liegt die durchschnittliche Quote bei 4,7 Prozent bzw. 3,9 Prozent (so das Institut für Mittelstandsforschung Bonn im Juni 2009, Seite 12).

Wer es hingegen schafft, Massegläubiger zu werden, bekommt grundsätzlich 100 Prozent seiner Forderung.

**Masseforderung:** Nach § 53 InsO sind aus der Insolvenzmasse die Kosten des Insolvenzverfahrens und die sonstigen Masseverbindlichkeiten vorweg zu berichtigen, der Massegläubiger ist also doppelt privilegiert, zeitlich und sachlich. Einzige Ausnahme: Massearmut. Zudem haftet der Insolvenzverwalter für die Masseforderung persönlich.



Deshalb ist es so entscheidend, dass der Insolvenzverwalter allerspätstens nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 103 InsO aufgefordert wird, sein **Wahlrecht** auszuüben. Um was für ein Wahlrecht handelt es sich?

Ist ein gegenseitiger Vertrag zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens vom Schuldner und vom anderen Teil nicht oder nicht vollständig erfüllt, so kann der Insolvenzverwalter anstelle des Schuldners den Vertrag erfüllen und die Erfüllung vom anderen Teil verlangen, so § 103 Abs. 1 InsO. Fordert also das Energieversorgungsunternehmen den Insolvenzverwalter unmittelbar nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf,

sein Wahlrecht auszuüben und wählt der Insolvenzverwalter Erfüllung, wird der Energielieferant Massegläubiger. Der Insolvenzverwalter muss auf die Anfrage unverzüglich reagieren. Reagiert er nicht, gilt seine Verweigerung als Wahl der Nichterfüllung, so § 103 Abs. 2 Satz 2 InsO. Bleibt das Energieversorgungsunternehmen untätig, bleibt die Forderung eine einfache Insolvenzforderung.

Die Forderung bleibt auch dann nur eine **einfache Insolvenzforderung**, wenn der Insolvenzverwalter die Erfüllung ablehnt. Lehnt der Insolvenzverwalter die Erfüllung des Vertrages ab, heißt das jedoch nicht zwangsläufig, dass auch der ursprünglich mit dem Schuldner bestehende Liefervertrag endet. In diesem Fall ist entscheidend, wie der Insolvenzverwalter seine **Erfüllungsverweigerung** konkret begründet. Insbesondere in den Fällen, in denen er zwar die Erfüllung des Vertrages ablehnt, aber ausdrücklich erklärt, dass der Vertrag mit dem Schuldner fortgeführt werden könne, gilt: Die Forderung bleibt eine einfache Insolvenzforderung.

**Praxishinweis:** Verweigert der Insolvenzverwalter die Erfüllung, erklärt zeitgleich aber, der Vertrag mit dem Schuldner könne fortgeführt werden, der Schuldner müsse dann aber die Zahlung aus seinem pfändungsfreien Vermögen selbst vornehmen, kann er ein möglicherweise aufgelaufenes Guthaben am Ende einer Jahresrechnung, nicht mehr zur Zahlung an die Masse verlangen, weil er mit seinem Einverständnis zur Fortführung des Vertrages durch den Schuldner gleichsam die Enthftung erklärt hat.



Angenommen, der Insolvenzverwalter wählt nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens Erfüllung des Vertrages, der Insolvenzschnldner hat aber bis zur Eröffnung des Verfahrens keine Zahlungen mehr geleistet. Handelt es sich bei den bis zur Eröffnung des Verfahrens entstandenen Forderungen um einfache Insolvenzforderungen oder um Masseforderungen?

**Teilbare Leistungen i.S.d. § 105 InsO:** Sind die geschuldeten Leistungen teilbar und hat der andere Teil (*hier das Energieversorgungsunternehmen*) die ihm obliegende Leistung zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bereits teilweise erbracht, so ist er mit dem der Teilleistung entsprechenden Betrag seines Anspruchs auf die Gegenleistung (*hier der Zahlungsanspruch*) Insolvenzgläubiger, und zwar auch dann wenn der Insolvenzverwalter wegen der noch ausstehenden Leistung Erfüllung verlangt, so § 105 Abs. 1 InsO.



Grundsätzlich sind die Jahresverbrauchsabrechnungen zum Stichtag der Eröffnung des Verfahrens zu trennen bzw. abzugrenzen. Es sind also zwei Rechnungen zu erstellen: eine, in der der Abrechnungszeitraum mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens endet, und eine, deren Abrechnungszeitraum nach **Eröffnung** des Insolvenzverfahrens beginnt.

**Praxishinweis:** Fordert der Insolvenzverwalter das Energieversorgungsunternehmen in Kenntnis der Lieferbeziehungen nicht unmittelbar nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Rechnungstrennung auf, kann er die Rechnungstrennung später jedoch nicht mehr verlangen. Das gilt insbesondere dann, wenn keine Zählerstände aus der Zeit der Eröffnung des Verfahrens vorliegen und nur eine Abgrenzung nach geschätzten Zählerständen möglich wäre.



**3. Vertragsschluss in der Insolvenz.** Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens geht das Recht des Schuldners, das zur **Insolvenzmasse** gehörende Vermögen zu verwalten und über dieses zu verfügen, auf den Insolvenzverwalter über, so § 80 Abs. 1 InsO. Der Schuldner verliert seine Verwaltungs- und Verpflichtungsbefugnis; gleichzeitig wird die Verwaltungs- und Verpflichtungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter übertragen. Der Insolvenzverwalter beschlagnahmt das Vermögen des Schuldners (dazu auch: Haarmeyer/Frind: Insolvenzrecht Seite 57). Er muss das gesamte zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen sofort nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Besitz nehmen und verwalten, so § 148 InsO.

Diese Übertragung der Kompetenzen wird flankiert von § 81 Abs. 1 InsO, der in aller Deutlichkeit und Schärfe regelt, dass Verfügungen eines Schuldners nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über einen Gegenstand der Insolvenzmasse unwirksam sind. Der Insolvenzschuldner verliert nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens praktisch alle Rechtspositionen, ihm bleibt einzig seine Eigentümerstellung.

Ist es möglich, dass nach Übergang der **Verfügungs- und Verpflichtungsbefugnis** auf den Insolvenzverwalter mit diesem ein Vertrag durch faktische Entnahme von Energie zu Stande kommt?

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes nimmt derjenige, der aus einem Verteilungsnetz eines Versorgungsunternehmens Elektrizität, Gas, Wasser oder Fernwärme entnimmt, das Angebot zum Abschluss eines Energieliefervertrages schlüssig bzw. konkludent an, so der BGH am 17.03.2004, Az: VIII ZR 95/03. Entscheidend ist, wer aus **Sicht des**

**Unternehmens Energie** entnimmt; das ist in der Regel derjenige, der die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Verbrauchsstelle hat. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens liegt die Verfügungs- und Verwaltungsbefugnis sowie die tatsächliche Verfügungsgewalt beim Insolvenzverwalter.

Danach wäre es nur konsequent, dass mit einem Insolvenzverwalter, der nach Eröffnung des Verfahrens beispielsweise weiter Strom bezieht, ein Vertrag durch faktische Entnahme von Energie nach den Grundsätzen der StromGVV geschlossen wird.

**Kein faktischer Vertragsschluss:** Der BGH sieht dies jedoch anders (01.07.1981, Az: VIII ZR 168/80). Es kommt weder ein Vertrag durch faktische Entnahme zu Stande noch darf die aktive Entnahme von Energie als stillschweigendes Einverständnis des Insolvenzverwalters i.S.d § 103 Abs. 1 InsO verstanden werden.



Das führt in der Praxis dazu, dass einige Insolvenzverwalter schlicht abwarten, ob das Energieversorgungsunternehmen an sie herantritt. Bis dahin beziehen sie weiter Energie in der Erkenntnis, dass das Energieversorgungsunternehmen seine Zahlungsansprüche allenfalls als einfache Insolvenzforderung realisieren kann, faktisch also auf seinen Kaufpreisforderungen sitzen bleibt. Ob das mit Zielen der InsO vereinbar ist, darf bezweifelt werden.

Der Gesetzgeber hat die grundsätzliche Problematik erkannt und deshalb für bestimmte Schuldverhältnisse über § 108 InsO Ausnahmetatbestände geschaffen. Miet-, Pachtverhältnisse und Arbeitsverträge beispielsweise bleiben grundsätzlich mit Wirkung für die Insolvenzmasse bestehen.

**4. Sicherungsmaßnahmen.** Vor dem Hintergrund der systembedingten Benachteiligung individueller Gläubiger und der fehlenden Privilegierung für Energielieferverträge fragt sich, welche Maßnahmen zur Sicherungen von Zahlungsansprüchen aus Energielieferverträgen getroffen werden können.

**Vorauszahlungen:** Zunächst können bereits nach Kenntnis eines gestellten Insolvenzantrages, also weit vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens, Vorauszahlungen verlangt werden. § 14 Abs. 1 StromGVV eröffnet diese Möglichkeit bereits dann, wenn nach den Umständen des



Einzelfalles Grund zu der Annahme besteht, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nach-kommt.

Soweit es sich nicht um einen grundversorgten Kunden handelt, ist zu empfehlen, einen Anspruch auf Vorauszahlung in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu vereinbaren.

**Sicherheiten:** Ist der Kunde nicht in der Lage, Vorauszahlungen zu leisten, darf der Grundversorger Sicherheitsleistungen in angemessener Höhe verlangen, so § 15 StromGVV. Entsprechendes gilt bei Sondervertragskunden.



Darüber hinaus empfiehlt es sich, Abrechnungszeiträume zu verkürzen

**Kurze Abrechnungszeiträume:** Den kürzeren, bei Gewerbekunden beispielsweise dann monatlichen, Abrechnungszeiträumen, sollten abgelesene Zählerstände zu Grunde gelegt werden. Ferner können die Forderung kurzfristig fällig gestellt werden.



Soweit möglich, sollte für den Fall der Insolvenz auch die Kündigung des Energieliefervertrages, zumindest die eines etwaigen Sondervertrages, als Option einbezogen werden.

**Kündigung:** In der Grundversorgung können beispielsweise Stromlieferverträge ordentlich nach § 20 StromGVV und außerordentlich unter den Voraussetzungen von § 21 StromGVV gekündigt werden. Sonderverträge können im Zweifel unter den Voraussetzungen des § 314 BGB gekündigt werden.



Vor einer Kündigung ist auch an die Möglichkeit der Unterbrechung der Versorgung zu denken:

**Sperrung:** Hier ist jedoch nach den Zeitpunkten zu differenzieren, und zwar die Zeitpunkte vor und nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens kann die Versorgung zur Durchsetzung von Altverbindlichkeiten, die bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens angefallen sind, nicht mehr unterbrochen werden.



Schließlich sollte darauf geachtet werden, dass die vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens geleisteten Zahlungen anfechtungsfest sind.



**Anfechtungsfeste Zahlungen:** Anfechtungsresistent ist grundsätzlich das Bargeschäft i.S.d. § 142 InsO. Bei Abschlagszahlungen ist aber darauf zu achten, dass keine Altschulden getilgt werden. Anfechtungsfest sind auch Zahlungen Dritter. Auch die Bankbürgschaft gilt als anfechtungsfest. Weitgehend insolvenzfest dürfen jetzt auch Lastschriften sein. Anfechtungsfest können bei sofortiger Zahlung mit entsprechendem Teilverzicht auch Sanierungsvereinbarungen sein.



Mit der Frage der **Insolvenzfestigkeit** von Lastschriften hatte sich der BGH am 20.7.2010, Az: XI ZR 236/07 auseinanderzusetzen. Bis dahin galt bei Insolvenzverwaltern die Praxis, vor der Insolvenzanmeldung eingezogenen Lastschriften stets zu widersprechen, um sie zur Insolvenzmasse zurückzufordern. Dem hat der BGH nun eine Absage erteilt. Zahlungen, die mittels des im November 2009 neu eingeführten SEPA-Lastschriftverfahrens bewirkt worden sind, seien insolvenzfest, so das Gericht. Der Anspruch des Zahlers, gemäß § 675 x Abs. 1, Abs. 2, Abs. 4 BGB i. V. m. Abschn. C. Nr. 2. 5 Abs. 1 der Sonderbedingungen für den Lastschriftverkehr im SEPA-Basis-Lastschriftverfahren binnen acht Wochen ab Belastungsbuchung von seinem Kreditinstitut Erstattung des Zahlungsbetrages verlangen zu können, fällt in entsprechender Anwendung des § 377 Abs. 1 BGB nicht in die Insolvenzmasse (§ 36 Abs. 1 Satz 1 InsO), so der BGH weiter in seinem ersten Leitsatz.

Grundsätzlich anfechtbar sind Rechtshandlungen gemäß der §§ 130, 131 InsO. Unmittelbar nach dem Insolvenzantrag und noch weit vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens bestimmt das zuständige Insolvenzgericht den sog. vorläufigen Insolvenzverwalter.

**Starker vorläufiger Insolvenzverwalter:** Von einem starken vorläufigen Insolvenzverwalter spricht man, wenn dem Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 1 InsO die Möglichkeit genommen wird, über sein Vermögen zu verfügen (dazu im Einzelnen: Brickwedde, RdE 2012, 321 [322]).

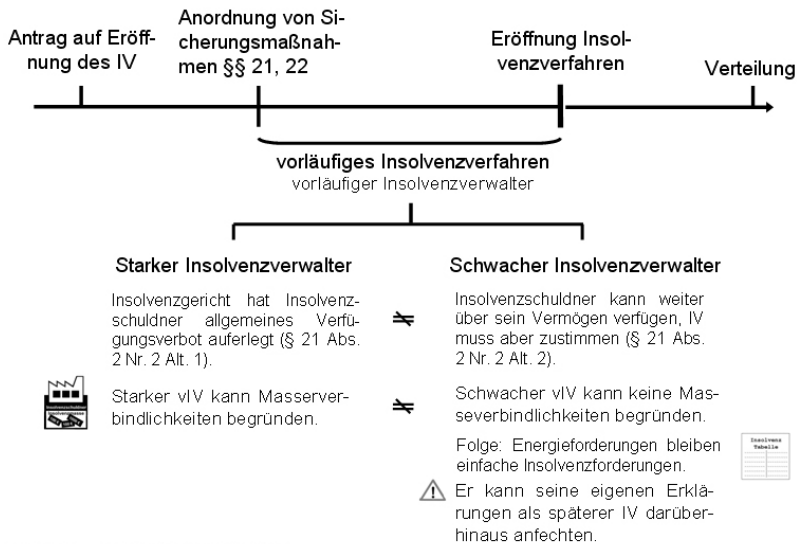


**Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter:** „Schwach“ ist der vorläufige Insolvenzverwalter, wenn dem Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 InsO grundsätzlich die Möglichkeit bleibt, über sein Vermögen zu verfügen, der Verwalter aber zustimmen muss.



Die Stellung des Insolvenzverwalters ist im **vorläufigen Insolvenzverfahren** deshalb von Bedeutung, weil eine schwacher Insolvenzverwalter

keine Masseverbindlichkeiten begründen kann. Er kann u.U. seine eigenen Erklärungen als späterer Insolvenzverwalter sogar anfechten; daher gilt: Das Ausfallrisiko der Forderungen ist bei Sicherungsmaßnahmen mit schwachen Insolvenzverwaltern höher als mit starken.



vIV: Vorläufiger Insolvenzverwalter

**5. Ablauf des Insolvenzverfahrens.** Abschließend soll noch kurz und überblickartig auf den Ablauf eines Insolvenzverfahrens eingegangen werden. Das Insolvenzverfahren beginnt mit der Antragsstellung (§§ 14, 15 InsO). Den Antrag muss nicht zwingend der insolvente Schuldner stellen, auch Gläubiger sind grundsätzlich antragsberechtigt. In der Praxis stellen häufig Krankenkassen den Insolvenzantrag. Nach Antragsstellung spricht man von einem vorläufigen Insolvenzverfahren, wenn das zuständige Insolvenzgericht vorläufige Sicherungsmaßnahmen nach § 21 InsO angeordnet hat, also einen starken oder schwachen Insolvenzverwalter bestimmt hat.

Zeitgleich erforscht das Gericht den Sachverhalt und gibt ein Gutachten in Auftrag. Kommt das **Gutachten** zu dem Ergebnis, dass nicht genügend Masse vorhanden ist um die Kosten des Verfahrens zu decken und kein Eröffnungsgrund vorliegt, weist das Gericht den Antrag ab. In allen anderen Fällen wird das Verfahren eröffnet.

**Eröffnungsgründe:** Es gibt drei Eröffnungsgründe: Drohende Zahlungsunfähigkeit, Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung. Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO liegt vor, wenn der Schuldner nicht in der Lage ist, die fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen. Davon ist in der Regel auszugehen, wenn der Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat, so die gesetzliche Vermutung in § 17 InsO. Beantragt der Schuldner selbst die Eröffnung des Insolvenzverfahrens, so ist auch die drohende Zahlungsunfähigkeit Eröffnungsgrund (so § 18 InsO). Der Schuldner droht zahlungsunfähig zu werden, wenn er voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die bestehenden Zahlungspflichten im Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfüllen. Nach § 19 InsO ist bei einer juristischen Person auch die Überschuldung ein Eröffnungsgrund. Überschuldung liegt vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt, es sei denn, die Fortführung des Unternehmens ist nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich.



Im Anschluss daran werden die Gläubiger aufgefordert, ihre Forderungen anzumelden. Ferner entscheidet das Gericht, ob der Betrieb fortgeführt oder eingestellt werden soll.

In der Regel folgt darauf ein **Erörterungstermin**. Wenn das Gericht zu dem Ergebnis kommt, dass das Unternehmen fortgeführt werden soll, bestätigt es den Insolvenzplan. Das Insolvenzverfahren kann dann auch wieder aufgehoben werden. Kommt das Gericht dagegen zu dem Ergebnis, dass der Betrieb eingestellt werden soll, folgt die Verwertung der Insolvenzmasse. Dieses Verfahren endet dann mit der Schlussverteilung und der Verfahrensaufhebung. Bei Verbraucherhinsolvenzverfahren endet das Verfahren mit der Restschuldbefreiung (zur Vertiefung: Smid, DZWIR 2011, 1).

**6. Aktuelles.** Anlässlich der Insolvenz der TelDaFax-Gruppe wird derzeit diskutiert, ob die insolvenzbedingten Forderungsausfälle zum unternehmerischen Risiko des Netzbetreibers gehören oder in der Anreizregulierung berücksichtigt werden können. Einigkeit herrscht insoweit, als dass die Netzentgeltausfälle nach dem Wortlaut des § 5 ARegV nicht im Regulierungskonto anerkannt werden, weil die Abweichung weder auf die Mengenentwicklung, noch auf Abweichung der Kosten für das vorgelegte Netz noch auf Abweichung der Kosten im Messwesen zurückzuführen ist. Die BNetzA behandelt die Fälle (noch) unterschiedlich. Im Gasbereich erkennt sie die Abwicklung auf dem Regulierungskonto an.

Die für Stromnetzentgelte zuständige Beschlusskammer billigt die Abschreibungen auf entgangene Netzentgelte nur im Rahmen der sonstigen betrieblichen Kosten im Rahmen der Ermittlung des Ausgangsniveaus für die Erlösobergrenze (dazu im Einzelnen: [www.derenergieblog.de](http://www.derenergieblog.de), 18.4.2012)